

Nachwort

Vom 22. bis zum 25. Mai 2014 – nach Abschluss der eigentlichen Arbeiten zu dieser Abhandlung – fanden europaweit die Wahlen zum Europäischen Parlament statt, welches seit 1979 zum achten Mal direkt gewählt wurde. Lag die Wahlbeteiligung mit 43,09 % erneut signifikant unterhalb der 50 % Marke und somit unterhalb der »demokratischen Schmerzgrenze« (Brettschneider/Deth/Roller, 2003: 16), so scheint damit dennoch der »Trend einer stetig sinkenden Wahlbeteiligung« an der Europawahl »gestoppt« (EU-Nachrichten, 09/2014: 2).¹ Die EU-Skeptiker und -Gegner sind zahlenmäßig zwar stärker vertreten als je zuvor, woraus sich möglicherweise ein noch schwierigeres Austarieren nationaler und genuin europäischer Interessen ergeben mag (ebda.), doch der Zeitjournalist Ulrich kommt auch aufgrund der Tatsache, dass $\frac{3}{4}$ aller Wähler »europafreundliche« Parteien und somit »überraschend EU-loyal« gewählt haben zu der Feststellung, dass die EU »alles in allem ganz vernünftig« da stehe (Die Zeit, 23/2014: 1).

Es ist im Sinne der Ausführungen dieser Arbeit nicht entscheidend, welcher Interpretation des Wahlergebnisses man sich anschließt; welcher Begründung für das Nicht-Wählen der Menschen man zustimmt. Solange auch dieses Nicht-Wählen eine legitime Option in demokratischen Modellen ist, spricht die Menschen in der Europäischen Union auch von der »Freiheit zur Nichtpartizipation« (Stichweh, 2005: 74) als wichtigem Bestandteil eines demokratischen Systems Gebrauch machen, scheint eine sich aus der geringen Wahlbeteiligung ableitende Diskussion über die Relevanz und Attraktivität der Europäischen Union als letztlich müßig.

Diese Arbeit erfuhr durch viele, zum Teil durch den Autor dieser Arbeit initiierten Diskussionsveranstaltungen in Parteien, Stiftungen, Kirchenkreisen und an Universitäten in den Jahren ihrer Erstellung unterschiedlichste Einflüsse, Hinweise und Anregungen, wobei nahezu alle, wenngleich in unterschiedlicher Gewichtung, das Thema »Europa als Idee« berührten und hierbei

1 | Im Jahr 2009 betrug die Wahlbeteiligung europaweit 43 %. In der Bundesrepublik Deutschland stieg die Wahlbeteiligung von 43,3 % (2009) auf 48,1 %.

nicht selten eine enttäuschte und desillusionierte Distanz zur realpolitischen EU offenbarten. Aber diese Positionen waren und sind anschlussfähige, weiterführbare Beiträge zur Kommunikation einer Zukunft für das Modell eines politisch geeinten, in den vielschichtigen sozialen Kontexten der Gesellschaft zusammenwachsenden Europas. Insofern klingt die Ankündigung der Europäischen Kommission, eine – erneute – »Grundsatzdebatte über Ziele« führen zu wollen (EU-Nachrichten, 09/2014: 2), als weiterer Ansatz, das utopische Europa weiter denken zu können.